

durch die Bonus-Malus-Regelung weiter reduziert, d.h. die Verordnungsfreiheit für Kassenpatienten ist am Ende. Von innovativen Untersuchungen und wirksamen, nebenwirkungsarmen und sehr teuren Therapien sind Kassenpatienten längst ausgeschlossen. Statt die marode Finanzierungsbasis zu sanieren, wurde sie eher noch geschwächt und es kann weiterhin behauptet werden, es sei kein Geld da und deshalb müsse im Gesundheitswesen gespart werden.

● **Pflegeversicherung:**
2008 soll es zu einer „Reform“ der Pflegeversicherung kommen. Befürchtet wird, dass ein Teil der Finanzierung in kapitalgedeckte Privatvorsorge verlagert wird und schon bisher unzureichende Leistungen weiter gekürzt werden, so dass die Solidarität weiter abgebaut wird. Menschenwürdige Pflege wird dadurch noch stärker von Einkommen und Vermögen abhängig. Darüber hinaus wird der zu erwartende Rückgang an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen durch Billigjobs und die schwache Binnenkonjunktur die Finanzprobleme der Sozialversicherung weiter vergrößern und Vorwände für weitere Leistungskürzungen liefern.

Soziale Reformen sind notwendig!

Attac fordert die Einführung einer Solidarischen Bürgerversicherung statt einer Privatisierung der Sozialen Sicherungssysteme!

Wir meinen, die Finanzsituation der Sozialversicherung kann nur durch angemessene Einnahmen verbessert werden. Neben den Arbeitseinkommen, deren Anteil am Volkseinkommen rückläufig ist, müssen auch Kapital- und Vermögenseinkommen in gleicher Weise zur Finanzierung herangezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind abzuschaffen, damit auch SpitzenverdienerInnen das Solidaritätsprinzip stützen. Je die Hälfte der Beiträge ist durch die Versicherten und die Unternehmen aufzubringen. Außerdem sollten sich Unternehmen zusätzlich mit einer Wertschöpfungsabgabe beteiligen. Des weiteren müssen alle Bevölkerungsgruppen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen, auch Politiker, Beamte und Selbständige. Die sozialen Dienstle-



stungen gehören in den geschützten Bereich öffentlicher, demokratisch steuerbarer Daseinsvorsorge – wir brauchen keine Privaten Krankenversicherungen. Die rapide steigende Kommerzialisierung muss zurückgenommen werden. Die Leistungen müssen zum Wohle der Versicherten verbessert werden, wodurch zusätzliche und sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Es ist genug für alle da – wir brauchen endlich Umverteilung von oben nach unten!

Die Einkommen der Arbeitnehmer müssen endlich wieder steigen und der seit Jahren steigenden Gewinnsituation der Unternehmen angepasst werden. Dazu gehört auch die Einführung eines Mindestlohns in akzeptabler Höhe. Das von attac und Gewerkschaften vorgelegte Modell der Solidaischen Einfachsteuer sieht eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung und die Wiedereinführung der Vermögensteuer ebenso vor wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Dadurch stünden dem Staat und den Sozialsystemen wieder ausreichende Mittel zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zur Verfügung. Mit Reformen, die diesen Namen auch verdienen, müsste dringend begonnen werden:

● **In der Arbeitslosenversicherung**
verlangen wir eine sofortige Rücknahme der Hartz-Gesetze. Dadurch reduziert sich die Erpressbarkeit der Beschäftigten und der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen sinkt. Neben einer wirksamen Absicherung bei

Erwerbslosigkeit müssen den Arbeitslosen auch wieder sinnvolle Angebote zur Fortbildung und Umschulung unterbreitet werden. Wir fordern ein armutsfestes Einkommen für alle, ob sie Arbeit haben oder nicht. Die Milliardenüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit sollten genau dazu eingesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit muss durch eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit reduziert werden. Prekäre Arbeitsplätze sind in sozialversicherungspflichtige Jobs mit existenzsichernden Löhnen umzuwandeln. Notwendig ist auch eine Arbeitsmarktgabe derjenigen Erwerbstätigen, die nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen.

● **Das Rentenniveau**
entwickelt sich durch die Reformen von Riester und die Einführung der Rente mit 67 bis zum Jahr 2030 zu einer „beitragsfinanzierten Sozialhilfe“. Dann müssen selbst DurchschnittsverdienerInnen 37 Jahre Beiträge gezahlt haben, um eine Rente auf Sozialhilfeniveau zu bekommen. Gerade den jüngeren Generationen droht eine neue Altersarmut großen Umfangs – auch weil durchgehende Berufsbiographien immer seltener werden. Was wir brauchen, ist aber die armutsfeste Sicherung einer würdigen dritten Lebensphase ohne Absturz vom erarbeiteten Lebensstandard. Es müssen Wege gefunden werden, damit Arbeitnehmer flexibel in den Ruhestand gleiten können – die frühere Altersteilzeitregelung war ein Schritt in die richtige Richtung. Durch schlechte Arbeitsbedingungen, prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Entlohnung sind viele Menschen körperlich und seelisch überhaupt nicht in der Lage, über das 60. Lebensjahr hinaus berufstätig zu sein. Die für eine Rente ohne Abschläge erforderlichen 45 Beitragsjahre müssen an die tatsächlichen durchschnittlichen Versicherungszeiten herangeführt werden.

● **Die Krankenversicherung**
Leistungsausgrenzungen, Zuzahlungen und Wahltarife fördern den Ausschluss ärmerer Schichten von der Gesundheitsversorgung. Es ist bereits bewiesen, dass Menschen mit geringerem Einkommen früher sterben. Durch die geringere Lebenserwartung und die kürzere Rentenbezugszeit subventionieren sie mit ihren Beiträgen zum erheblichen Teil die Rente von Besserverdienenden. Eine nicht hinzunehmende Zwei-Klassen-Medizin hat sich etabliert. Notwendig ist eine Krankenversicherung für alle, die eine optimale Gesundheitsvorsorge für jede und jeden finanziert unabhängig vom Einkommen. Es darf auf kei-

nen Fall Leistungsausschlüsse bei angeblich selbstverschuldeten Krankheiten geben. Die extrem hohen Renditen der Pharmaunternehmen (Verdoppelung in den letzten sechs Jahren) zu Lasten der gesetzlich Versicherten sind nicht länger hinnehmbar.

● **Menschenwürdige Pflege**
in den Altenheimen ist trotz steigender Kosten immer seltener der Fall und die Überforderung pflegender Angehöriger zu Hause wächst. Schon das Verfassungsgebot zum Schutz der Menschenwürde gebietet durchgreifende Leistungsverbesserungen. Gute Pflege braucht Menschen! Der Pflegenotstand muss beendet und wieder mehr qualifiziertes Personal eingestellt werden. Alternative Wohnkonzepte für ältere Menschen sollten gefördert werden, damit diese so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden bleiben können.

► **Streiten für bessere Zeiten!**

Von der Bundesregierung haben ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, RentnerInnen und Kranke weiterhin nichts Gutes zu erwarten – auch nicht von den Grünen und der FDP. Diese Politik, die uns als alternativlos verkauft wird, führt nur dazu, dass die Reichen immer reicher werden, während breite Bevölkerungsschichten verarmen. Wir müssen unsere Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und für eine andere Politik kämpfen, wenn wir uns, unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft sichern wollen. Macht mit und werdet Mitglied bei Attac. Gemeinsam wehren wir uns gegen falsche Bescheidenheit und wollen uns nicht verarmen lassen!



Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammenschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon über 16.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema „soziale Absicherung“ arbeitet v.a. die bundesweiten AG Genug für Alle (www.attac.de/genug-fuer-alle). Auf der Webseite der Kampagne finden sich weitere Informationen zum Thema. Adressen und AnsprechpartnerInnen finden sich im Internet unter www.attac.de oder können telefonisch im Bundesbüro erfragt werden:

Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99, info@attac.de, www.attac.de

Attac stärken – Mitglied werden!

Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von jeweils ___€ von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag* von ___€ jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich ___€ von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: _____
Konto-Nr.: _____
Bank: _____
BLZ: _____
Datum/Unterschrift: _____

* Richtwert für den Beitrag sind 5 EUR im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 EUR im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Spendenkonto Attac Deutschland:
Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr. 800 100 800
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar!